

Die Politik hat in der Schweiz nicht mehr viel zu sagen. Die Wirtschaft triumphiert – auch in der Krise, die sie selbst verschuldet hat. Das kann nicht sein. Das darf nicht sein!

## 13 Enteignete Demokratie

Cédric Wermuth

Was ist los mit der Schweiz? Dass wir in einer Krise stecken, ist inzwischen Konsens. Das ist aber auch schon das Ende der Einigkeit. Seit wann wir denn überhaupt in welcher Krise sind und warum, darüber streiten wir nach wie vor. Ich behaupte, dass die aktuelle Krise viel älter ist als das, was uns bei den Stichworten «Finanzkrise», «UBS» oder «Bankgeheimnis» in den Sinn kommt. Was wir heute spüren und erst langsam begreifen, ist vielmehr das Produkt einer zwei Jahrzehnte alten Politik: es ist auch und vor allem eine Krise der Demokratie und unseres Gesellschaftsmodells.

Wenn wir von «Krise» sprechen, sprechen wir eigentlich von drei Dingen. Erstens von der Krise unserer Wirtschaft. Zweitens von der Krise der Politik, die eine erschreckende Ohnmacht an den Tag legt, und drittens vom Reformstau in unserem Land.

Die erste Krise manifestiert sich in diesen Monaten ganz konkret. Die Aussichten für die Wirtschaft sind nach wie vor alles andere als rosig, die Arbeitslosenzahlen erschreckend hoch, die vermeintlichen Pfeiler unseres Wirtschaftssystems, die Banken, wanken. Fast noch beeindruckender als der Zusammenbruch der neoliberalen Wirtschaft ist die Ohnmacht der Politik. Gelähmt wie das Kaninchen vor der Schlange, scheint die politische «Elite» unfähig, auf die wirtschaftliche Krise zu reagieren.

Es ist nicht das erstemal, dass die Politik vor einer vermeintlich unaufhaltbaren wirtschaftlichen Entwicklung mit dramatischen Folgen kapituliert. Nur ungern erinnern wir uns an den Fall Swissair. So hat sich die Finanz- und Wirtschaftskrise un-

längst zu einer Krise des politischen Systems ausgewachsen. Damit geht auch ihr drittes Merkmal einher: der Reformstau. Ich meine damit nicht die populistische Diskussion um die herbeigere-dete Überdimensionierung unseres Sozialstaates, sondern vielmehr die peinliche Einsicht, dass wir so ziemlich das letzte Land der OECD sind, das den Schritt in Richtung ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft noch nicht wirklich getan hat. Die Schweiz, einst durchaus progressiv veranlagt, hat sich hinten angestellt.

Allen drei Aspekten ist ein Merkmal gemeinsam: die Politik scheint im entscheidenden Moment nicht nur zu zaudern, sondern geradezu machtlos und vor allem auch entscheidungs-unfähig zu sein. Einige Kommentatoren haben diesen Umstand zum Anlass genommen, eine Diskussion über Alter und Zusammensetzung der Schweizer «Elite», über Nachfolgeregelungen und eine neue Moral anzuheizen. Es ist die falsche Diskussion. Die Krise ist nicht eine Krise entscheidungsschwacher Politiker oder fehlender ethischer Konzepte. Sie ist vielmehr eine Folge der Selbstenteignung unserer Demokratie.

Politik ist zuerst einmal ein Kampf um die Verteilung von Macht. Und diese Macht hängt in einer kapitalistischen Gesellschaft insbesondere an der Produktion und Verteilung ökonomischer und sozialer Ressourcen. Die eigentliche, zentrale politische Frage ist also die, wie eine Gesellschaft ihre grundlegenden Ressourcen produzieren und (um)verteilen will. Und genau da liegt die Crux. Das höchste Ziel des Neoliberalismus ist es, das ressourcenproduzierende Subsystem der Gesellschaft, also die Wirtschaft, der kollektiven, demokratischen Kontrolle zu entziehen und zu privatisieren.

Was auf internationaler Ebene mit den Wahlen von Margaret Thatcher zur Premierministerin Grossbritanniens und von Ronald Reagan zum Präsidenten der USA begann, schlug sich in der Schweiz erst nach dem Fall der Berliner Mauer so richtig nieder. Die neu-alte Idee der entropischen Märkte – euphemistisch versehen die Neoliberalen den Markt mit dem Attribut «frei» – entfaltete ihre neue Ausstrahlungskraft vor dem Hintergrund des Untergangs der Sowjetunion. Sie ist die Grundlage einer Denkweise, die unsere direkte Demokratie in den letzten Jahren auf zutiefst unschweizerische Art und Weise zersetzt und zur Handlungsunfähigkeit verdammt hat.

Friedrich August von Hayek, Apologet des Neoliberalismus, fand den Ursprung seiner Theorie auch in einer Krise, nämlich in der Welt-

wirtschaftskrise von 1929. Für ihn war damals das Versagen der internationalen Staatenwelt das konstituierende Element. Die Menschen, so Hayek, seien unfähig, eine Gesellschaft aufzubauen, die kollektiven Zielen verpflichtet ist. Die einzige Möglichkeit für Individuum und Kollektiv, Freiheit zu verwirklichen, besteht in der Unterwerfung unter die Kräfte des Marktes (im politischen Alltag nennt sich das dann «Ordnungspolitik») – eines Marktes, der nicht etwa als moralisches System konzipiert ist, sondern dessen Logik eben gerade in der Ergebnisoffenheit besteht. Diese «spontane Ordnung» nennt Hayek «Katalaxie». In einer Gesellschaft, deren Fundament aus einer spontanen, nichtzielgerichteten Ordnung besteht, ist die Idee einer demokratischen Politik fehl am Platz. Politik, im schweizerischen Urverständnis, ist die Formulierung eines Ziels und dessen Verwirklichung. Die Idee aber, es gebe so etwas wie soziale Gerechtigkeit, und die Politik habe ihren Anspruch auf Gestaltung aus jener zu legitimieren, wird im Neoliberalismus in Abrede gestellt.

**Wir erleben gegenwärtig einen Kulminationspunkt: das gemeinsame Programm der bürgerlichen Parteien und der Elite dieses Landes, die direkte Demokratie ihrer Legitimität zu berauben.**

Hayek, von Mises, Friedman und wie sie alle heissen, geben das auch unumwunden zu: erklärtes Ziel der Neoliberalen ist die Zurückdrängung des politischen, mithin demokratischen Elements aus nahezu allen Gesellschaftsbereichen. Der Souverän soll durch einen «Rat der Weisen», die Wirtschaftselite, ersetzt werden. Diese Gesellschaft findet ihr höchstes Entwicklungsstadium in der «freien Marktwirtschaft», die von jeglicher politischer Einflussnahme so gut wie befreit ist.

Dieses Gedankengut fand seinen Niederschlag in ganz Europa, und irgendwann eben auch in der Schweiz. Mit Hilfe der heiligen Dreifaltigkeit des Neoliberalismus (Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung), der Beschneidung des Sozialstaates, einer andauernden ideologischen Propaganda und grosszügigen «Spenden» an die bürgerlichen Parteien wurde die Demokratie nach und nach ihres eigentlichen Inhalts beraubt. Sie hat keinen Zugriff mehr auf die Wirtschaft – und damit auch nicht auf den Ort, wo die Krise ihren Ursprung hat.

Wir erleben gegenwärtig den Kulminationspunkt dessen, was nicht weniger ist als das gemeinsame Programm der bürgerlichen Parteien und der «Elite» dieses Landes, die direkte Demokratie ihrer Legitimität zu berauben. Es handelt sich dabei um ein politisches Programm, das dem Wesen und Selbstverständnis der Schweiz als Willensnation und unserem Verständnis von Demokratie diametral entgegengesetzt ist. Diese Beschneidung der Demokratie bedeutet einen fundamentalen Bruch mit dem, was der wohl zentrale Gründungsmythos der Eidgenossenschaft ist, nämlich der abschliessende Machtanspruch des Souveräns.

In diesen Monaten werden die Gegensätze dieser beiden Konzeptionen von Elite und Volk offensichtlich. Das nennen wir dann Krise. Das Problem ist, dass zwar ein Anspruch an die Politik gestellt wird, die Krise zu lösen, diese aber in ihrer heutigen Konstellation dazu gar nicht mehr fähig ist. Sie kann die wirtschaftliche Krise – beispielsweise mit Hilfe von Investitionsprogrammen – nicht lösen, weil die ideologische Barriere einen Eingriff verbietet und weil sie sich vieler Zugriffsmöglichkeiten selber beraubt hat. Sie kann die politische Krise nicht lösen, weil sie ein System geschaffen hat, in dem die Politik dazu verdammt ist, dem Primat des «freien» Marktes zu folgen, und sie hat unter diesen Voraussetzungen schon gar keine Möglichkeit, echte Reformen anzupacken.

Politik und Wirtschaft sind Antagonisten. Wenn die Wirtschaft über die Politik obsiegt, führt das unweigerlich zu tiefgreifenden Problemen in beiden Bereichen, wie wir gerade beobachten können. Ein Programm aus der Krise müsste also zuerst einmal bedeuten, dass die Demokratie wieder den Platz einnimmt, der ihr zusteht. Es muss dort beginnen, wo die Politik wieder ihren Gestaltungsanspruch zurückverlangt. Dafür muss sie wieder jene Hierarchie herstellen, auf der die Idee der Schweiz beruht: das Primat über die Wirtschaft gehört in die Hände der Politik und damit des Volkes. Ist es nicht dort, ist die nächste Krise, der wir wiederum machtlos gegenüberstehen werden, nur eine Frage der Zeit.

CÉDRIC WERMUTH, geboren 1986, ist Präsident der Juso Schweiz und Vizepräsident der SP Schweiz. Er studiert Politikwissenschaft, Wirtschaftsgeschichte, Sozialökonomie und Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich.